

## Substanzielles Protokoll 191. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 30. Oktober 2013, 17.00 Uhr bis 20.20 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsident Martin Abele (Grüne)

Beschlussprotokoll: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Substanzielles Protokoll: Sarah Stutte

Anwesend: 120 Mitglieder

Abwesend: Ruth Ackermann (CVP), Marianne Aubert (SP), Urs Schmid (FDP), Guido Trevisan (GLP), Fabienne Vocat (Grüne)

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- |    |                          |  |     |
|----|--------------------------|--|-----|
| 1. |                          | Mitteilungen   |     |
| 2. | <a href="#">2010/168</a> | Geschäftsprüfungskommission, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Irene Bernhard (GLP) für den Rest der Amtsdauer 2010–2014  |     |
| 3. | <a href="#">2013/336</a> | *<br>E Postulat von Martin Bürlimann (SVP) und Dr. Thomas Monn (SVP) vom 25.09.2013:<br>Verzicht auf Aufführungen und Darbietungen auf Friedhöfen  | STP |
| 4. | <a href="#">2013/344</a> | *<br>E Postulat von Severin Pflüger (FDP) und Roger Tognella (FDP) vom 02.10.2013:<br>Städtische Landreserven im Limmattal, Verwendung für Gewerbe- und Industrienutzungen                 | FV  |
| 5. | <a href="#">2013/345</a> | *<br>E Postulat der Grüne-Fraktion vom 02.10.2013:<br>Autofreies Wohnen bei der kommunalen Wohnsiedlung Leutschenbachstrasse   | FV  |
| 6. | <a href="#">2013/346</a> | *<br>E Postulat von Gabriele Kisker (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 02.10.2013:<br>Gestaltungsplan Zollstrasse, optimale Nutzung der Versickerungseignung des Gestaltungsplangebiets | VTE |
| 7. | <a href="#">2013/285</a> | Weisung vom 21.08.2013:<br>Verein Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH Zürich, Auftragsvermittlung «ETCETERA» Zürich, Beiträge 2014   | VS  |

- |     |                          |     |  |     |
|-----|--------------------------|-----|--|-----|
| 8.  | <a href="#">2013/202</a> |     | Weisung vom 05.06.2013:<br>Tiefbauamt, Baulinienrevision im Industriequartier, Kreis 5,<br>Anpassung der Baulinien an die Richtplanung und die<br>Parzellierung des öffentlichen Grundes, Festsetzung  | VTE |
| 9.  | <a href="#">2013/215</a> |     | Weisung vom 12.06.2013:<br>Tiefbauamt, Baulinienvorlage Friesenberg, Festsetzung   | VTE |
| 10. | <a href="#">2012/237</a> | A   | Postulat von Roger Tognella (FDP) und Claudia Simon (FDP)<br>vom 06.06.2012:<br>Abbau und kostenneutraler Ersatz der Kunstschleuder «Y» im<br>Hardaupark durch ein geeignetes Objekt aus dem bestehenden<br>Fundus «Kunst am Bau» der Stadt Zürich | VTE |
| 11. | <a href="#">2012/246</a> | A/P | Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 13.06.2012:<br>Ausbau der Nordumfahrung, Realisierung von flankierenden<br>Massnahmen  | VTE |
| 12. | <a href="#">2012/292</a> | A/P | Motion von Marianne Dubs Früh (SP) und Michel Urben (SP)<br>vom 11.07.2012:<br>Erstellung einer durchgehenden Busspur in beiden Fahrtricht-<br>ungen auf der Wehntalerstrasse ab Haltestelle Neu Affoltern bis<br>zur Endstation Holzerhurd        | VTE |
| 13. | <a href="#">2012/319</a> | E/A | Postulat der SVP- und FDP-Fraktion vom 29.08.2012:<br>Parkhaus Opéra, Schaffung von 50 zusätzlichen Parkplätzen als<br>Teilkompensation für die in der Innenstadt durch Baustellen<br>gesperrten Parkplätze  | VTE |
| 14. | <a href="#">2012/461</a> | A   | Postulat von Marc Bourgeois (FDP) und Michael Baumer (FDP)<br>vom 05.12.2012:<br>Masterplan Velo, Verzicht auf die Ausgaben für die «übrigen<br>Handlungsfelder»   | VTE |
| 15. | <a href="#">2012/464</a> |     | Interpellation von Marc Bourgeois (FDP) und Roger Tognella<br>(FDP) vom 05.12.2012:<br>Masterplan Velo, Finanzierung der Umsetzung sowie Bestim-<br>mung der Vergleichsgrössen zur Messung der Zielerreichung                                      | VTE |

\* Keine materielle Behandlung

## Mitteilungen

4387. 2013/354

**Motion der SP-, SVP-, FDP-, CVP-Fraktion und 4 Mitunterzeichnenden vom 23.10.2013:**

**Tramlinie 2, Verzicht auf eine Verlegung zum Bahnhof Altstetten**

*Alan David Sangines (SP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Wir beantragen, die Motion betreffend Verzicht auf eine Verlegung der Tramlinie 2 zum Bahnhof Altstetten für dringlich zu erklären.*

Der Rat wird über den Antrag am 6. November 2013 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

Roger Tognella (FDP) stellt den Ordnungsantrag, die Fraktionserklärungen betreffend Modulbau des Universitätsspitals erst bei Anwesenheit von STR Claudia Nielsen zu halten.

Der Ordnungsantrag wird mit 24 gegen 31 Stimmen abgelehnt.

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4388. 2013/362

**Erklärung der SP-Fraktion vom 30.10.2013:**

**Ablehnung der Bewilligung für den Modulbau des Universitätsspitals**

Namens der SP-Fraktion verliest Min Li Marti (SP) folgende Fraktionserklärung:

Das Gesetz gilt auch für den Regierungsrat

Die SP-Fraktion anerkennt die Wichtigkeit des Universitätsspitals. Gerade darum ist hier ein sorgfältiges Vorgehen angesagt. Stadt und Kanton müssen – im Interesse der Bevölkerung – gemeinsame Lösungen suchen. Klar ist, dass das Gesetz für alle gilt. Das vorliegende Baugesuch erfüllt aus Sicht der Stadt die Vorgaben nicht.

Für uns steht ausser Frage, dass die Stadt dem kantonalen Gesetz folgen muss. Das Recht gilt für alle. Der geplante Modulbau würde in einer Freihaltezone zu stehen kommen – das ist für die Bausektion auch für ein Provisorium unzulässig. Das scheint auch angesichts der Dimensionen des Projekts bedenkenswert, zumal sich viele Provisorien zum Schluss als Providurien herausstellen. Das Provisorium käme zudem in einem denkmalgeschützten Park zu stehen, der als „grüne Lunge“ für das Quartier sehr wichtig ist.

Das Hauptproblem bei dieser komplexen Geschichte sind nicht in erster Linie Meinungsverschiedenheiten zwischen Stadt und Kanton, sondern fehlende Planung. Es geht hier explizit nicht um eine Retourkutsche der Stadt. Das Unispital und der Kanton haben schlicht ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Sie haben es denn auch verpasst, einen Plan B zu entwickeln. Zudem ist die Revision des Masterplans für das Hochschulgebiet, der die Grundlage für die Spitalerneuerung wäre, noch nicht abgeschlossen. Damit fehlen die planerischen Grundlagen für ein Bauprojekt.

Es ist richtig und sinnvoll, dass jetzt die Rechtslage geklärt wird, da offensichtlich andere Vorstellungen bezüglich der rechtlichen Auslegung vorhanden sind. Für die Zukunft des Unispitals und der beiden Stadtspitäler braucht es jetzt mehr denn je einen echten Dialog und kein Schwarz-Peter-Spiel. Für diese Suche nach konstruktiven Lösungen, die angesichts der für uns unbestrittenen hohen Bedeutung der Zürcher Spitäler

und des gesamten Hochschulquartiers dringend ist, stehen die SP und alle ihre Exponentinnen und Exponenten gerne zur Verfügung. Denn für uns ist klar: Gemeinsame Lösungen findet man gewiss nicht mit öffentlicher Polemik.

**4389. 2013/363**

**Erklärung der SVP-Fraktion vom 30.10.2013:**

**Ablehnung der Bewilligung für den Modulbau des Universitätsspitals**

Namens der SVP-Fraktion verliest Mauro Tuena (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Bausektion des Stadtrates gefährdet Menschenleben

Die rot/grüne Verhinderungspolitik in der Stadt Zürich schlägt erneut zu. Diesmal gefährdet die Bausektion des Zürcher Stadtrates das Universitätsspital (USZ) und damit die Gesundheitsversorgung der Zürcher Bevölkerung, weil sie die Bewilligung für einen dringend benötigten provisorischen Modulbau für das Universitätsspital im Park auf dessen Areal verweigert. Offensichtlich entschied sich die Bausektion lieber für den Schutz eines Parks als für die Gesundheit und das Wohlergehen von Menschen. Eine seltsame Güterabwägung!

Die Stadt Zürich gefährdet mit dieser Entscheidung nicht nur das einwandfreie Funktionieren des Universitätsspitals, sondern die Interessen von tausenden von Patientinnen und Patienten, welche auf ein funktionierendes Universitätsspital dringend angewiesen sind. Der jetzt nötige langwierige Gang vor das Baurekursgericht ist ein Affront für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, welche die Zeche für diese juristische Wahnsinnstat der Bausektion des Stadtrates berappen müssen, aber auch ein Affront gegenüber kranken Menschen, welche auf das Universitätsspital angewiesen sind. Mit der Verhinderung wird dem Universitätsspital zudem eine effizientere Arbeitsweise verunmöglicht. Damit werden die Kosten im Gesundheitswesen unnötigerweise hochgetrieben. Dies nicht zuletzt auch zu Lasten der Prämienzahler in unserem Kanton.

Die SVP Gemeinderatsfraktion verurteilt das rücksichtslose Verhalten der Zürcher Stadtregierung. Offensichtlich sind den rot/grünen Stadträten ideologisch ausgelegte Bauvorschriften sowie Grünflächen und Blümchen des Spitalparks wichtiger als das Funktionieren des wichtigsten Spitals im Kanton Zürich. Die Wählerinnen und Wähler haben die Möglichkeit, dieser rot/grünen Verweigerungshaltung an den kommenden Stadt- und Gemeinderatswahlen eine klare Absage zu erteilen.

**4390. 2013/364**

**Erklärung der FDP-Fraktion vom 30.10.2013:**

**Ablehnung der Bewilligung für den Modulbau des Universitätsspitals**

Namens der FDP-Fraktion verliest Tamara Lauber (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Zukunftsfähige Strukturen statt bürokratisches Hickhack

Mit dem gestrigen Entscheid der Bausektion ist die Erfüllung des universitätsmedizinischen Leistungsauftrags nach Einschätzung des Kantons gefährdet. Dies ist für die FDP-Fraktion nicht hinnehmbar. In der Güterabwägung zwischen "unberührter" Parklandschaft und dem Funktionieren des Universitätsspitals, geben wir letzterem den Vorzug. Wenn die geltenden Rechtsgrundlagen diese Priorisierung nicht zulassen, müssten die Rechtsgrundlagen geändert werden.

Der Streit um die verweigerter Baubewilligung, aber auch die ungelöste Diskussion um die Frage der Herzmedizin, um einen weiteren Konfliktpunkt zwischen der Stadt und dem Kanton im Gesundheitswesen zu nennen, lenken aber von viel grundsätzlicheren Fragen ab, die dringend angegangen werden müssen.

Regierungsrat Thomas Heiniger hat die Vision einer Zusammenlegung aller drei grossen öffentlichen Spitäler in der Stadt Zürich präsentiert. Die Vision des Gesundheitsdirektors muss intensiv geprüft werden. Klar ist, dass auf Grund der bestehenden Organisationsstrukturen dafür sowohl im Kanton, als auch in der Stadt Zürich viele Hausaufgaben gelöst werden müssen. Was die Stadt betrifft, stossen wir diese heute mit einer Interpellation an. Für eine bestmögliche medizinische Versorgung der Bevölkerung, zukunftsfähige Spitäler und einen erfolgreichen Standort Zürich bietet das sich wandelnde gesundheitspolitische Umfeld grosse Chancen. Aber damit diese genutzt werden können, braucht es in der städtischen Politik einen grossen Wurf. Die heutige Struktur mit Spitälern, die als Dienstabteilung geführt werden, ist nicht mehr zeitgemäss. Mit überholten - ausserhalb der städtischen Verwaltung in der zürcherischen Spitallandschaft nicht mehr existenten - Strukturen, können die anstehenden Herausforderungen nicht gemeistert werden.

**4391. 2013/365**

**Erklärung der Grüne-Fraktion vom 30.10.2013:  
Ablehnung der Bewilligung für den Modulbau des Universitätsspitals**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Gabriele Kisker (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Der Stadtrat hat richtig entschieden

Zum gestern bekanntgewordenen Entscheid des Stadtrates in Sachen Unispital möchten wir folgendes festhalten:

Im Masterplan 2005, den Stadt und Kanton zur Aufwertung des Hochschulquartiers angefertigt haben, wurde der Park als Kernstück des Grünraumkonzepts bezeichnet und dabei sogar noch vergrössert. Im Widerspruch zu diesem gemeinsam erarbeiteten Planungsinstrument, also zu seiner eigenen Planung, ist der Kanton Zürich nun gewillt, den Park zu verkleinern. Der sechsgeschossige Bau hätte das Areal über Jahrzehnte massiv beeinträchtigt. Der Park ist jedoch denkmalpflegerisch wertvoll und auch für das Quartier äusserst wichtig. Er hat als grüne Lunge eine wichtige Funktion. Der Kanton Zürich hatte zu einem früheren Zeitpunkt einen möglichen Alternativstandort ins Spiel gebracht, zum Beispiel an der Gloriamstrasse. Nun will er davon nichts mehr wissen.

Auch durch eine andere Aufteilung der medizinischen Versorgung mit Hilfe der Stadtspitäler Waid und Triemli wäre das Unispital langfristig entlastet und der Standort Zürich in keiner Weise gefährdet worden. Diese Spitäler wurden aber vom Kanton nicht berücksichtigt. Alle sinnvollen Optionen wurden vom Regierungsrat somit ausgeschlagen und der Weg gewählt, mit politischem Druck, eine rechtliche unzulässige Lösung zu erzwingen. Dadurch hat der Regierungsrat selber einen Scherbenhaufen verursacht und geht heute lieber den Rechtsweg auf Kosten eines geschützten Parks, einer Grünen Lunge und letztlich auch auf Kosten der Patientinnen und Patienten.

**4392. 2013/366**

**Erklärung der AL-Fraktion vom 30.10.2013:  
Ablehnung der Bewilligung für den Modulbau des Universitätsspitals**

Namens der AL-Fraktion verliest Andreas Kirstein (AL) folgende Fraktionserklärung:

Keine städtische Gesundheitsversorgung ohne stadt eigene Spitalinfrastruktur

Für die Alternative Liste ist die Entscheidung der Bausektion nachvollziehbar, in einer Freihaltezone und einem für das Spital aber auch das umliegende Quartier so wichtigen Park kein mindestens 20-jähriges Bauprovisorium zuzulassen.

Im Gefolge der nicht erteilten Baubewilligung für das Provisorium im Spitalpark bringt der kantonale Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger den völlig unausgereiften Vorschlag einer vollständigen Zusammenführung der Stadtspitäler mit dem Universitätsspital aufs Tapet.

Die AL ist klar der Meinung, dass die Stadt Zürich gut beraten ist, der eigenen Spitalinfrastruktur Sorge zu tragen. Sie ist zusammen mit ihren ambulanten Angeboten ein wichtiger Eckpfeiler der städtischen Gesundheitspolitik.

Es wäre fatal, wenn die städtische Spitalversorgung noch weiter in den Einflussbereich der zur Zeit rein ökonomistisch ausgerichteten Gesundheitspolitik des Kantons geraten würde.

Die fehlende Strategie des kantonalen Gesundheitsdirektors im Bereich Spitalträgerschaft im allgemeinen und die Privatisierungspläne für das Kantonsspital Winterthur im speziellen empfehlen Herrn Heiniger nicht als Ratgeber städtischer Spitalpolitik. Dessen vollmundige Behauptung, er könne die Fusion im Prinzip verordnen, entbehrt jeder rechtlichen Grundlage. Es obliegt dem Kanton zwar die Spitalbedarfsplanung, die konkrete Umsetzung des Bedarfs ist aber Aufgabe der verschiedenen Trägerinstitutionen.

Zudem macht der Zusammenschluss auch inhaltlich wenig Sinn, zu unterschiedlich sind die organisatorische Einbettung der drei Spitäler, zu unterschiedlich auch ihre medizinische Ausrichtung und ihre Klientel. Vorstellbar ist allenfalls, den reinen Spitalbetrieb am Universitätsspital stärker vom universitären Lehr- und Forschungsauftrag zu trennen und hier eine stärkere Einbindung in die städtische Spitalinfrastruktur anzustreben.

4393. 2013/367

**Erklärung der Grüne-Fraktion vom 30.10.2013:  
Sexuelle Belästigungen beim ewz**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Karin Rykart Sutter (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Nulltoleranz für sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz

Die NZZ am Sonntag vom 27. Oktober 2013 hat unter dem Titel „Sexismus-Vorwürfe beim Zürcher Elektrizitätswerk“ den Fall publik gemacht, dass drei ehemalige Mitarbeiterinnen des EWZ dem Vizedirektor und weiteren Kadermitarbeitern sexuelle Belästigung vorwerfen. Der Vizedirektor hat nun die Konsequenzen gezogen und seine Stelle gekündigt. Die drei Frauen hingegen haben bereits vor längerer Zeit das Unternehmen verlassen.

Die Grünen fordern von allen städtischen Dienstabteilungen – auch beim EWZ – eine Nulltoleranz für sexuelle Belästigungen am Arbeitsplatz. Im städtischen Personalrecht ist dies auch so festgehalten. Es ist deshalb unverständlich, weshalb die drei Frauen, welche den Mut hatten, sich gegen die über längere Zeit andauernden verbalen sexuellen Angriffen von verschiedenen Kadermitarbeitern zu wehren, ihren Arbeitsplatz verliessen, hingegen die Täter - mit der Ausnahme des Vizedirektors - nach wie vor beim EWZ arbeiten.

Die Grünen fordern deshalb zusammen mit der SP in einem Beschlussantrag, dass die GPK diese Vorfälle bzw. Vorwürfe untersucht und danach dem Gemeinderat Bericht erstattet.

Gleichzeitig reiche ich heute eine schriftliche Anfrage ein, damit die Öffentlichkeit und insbesondere auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim EWZ schnell mehr Informationen zu den Vorfällen erhalten. Es ist wichtig, dass sich ein solcher Fall nicht wiederholen kann und es wichtig, dass wieder Ruhe im EWZ einkehrt und es ist insbesondere wichtig, dass die betroffenen Frauen wissen, dass der Gemeinderat die Angelegenheit untersucht und sie ernst nimmt.

Die Grünen bitten Sie deshalb, den Beschlussantrag zu unterstützen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

**STR Andres Türler:** *Ich bedaure diesen Vorfall im ewz ausserordentlich. Auch dass die anwaltschaftlich vertretenen Betroffenen sich entschieden haben, nicht mehr beim ewz zu arbeiten. Solch diskriminierendes Verhalten gegenüber Menschen des anderen Geschlechts, einer anderen Hautfarbe, anderer sexueller Ausrichtung oder Religion, wird in der Stadt nicht akzeptiert. Ich begrüsse es, dass sich die Betroffenen dagegen gewehrt haben. Gleichzeitig bedaure ich aber, dass die jahrelange Frauenförderung des ewz durch dieses Ereignis überschattet wird. Betonen möchte ich zudem, dass sich der überwiegende Teil der städtischen Mitarbeiter immer korrekt verhalten hat. Die bereits getroffenen Massnahmen müssen weiterhin umgesetzt werden, damit wieder ein respektvoller Umgang im ewz vorherrscht.*

**Persönliche Erklärung:**

Hans Jörg Käppeli (SP) hält eine persönliche Erklärung zur Fristeinholung des Stadtrats betreffend seiner Schriftlichen Anfrage zum Tram in Affoltern.

## G e s c h ä f t e

**4394. 2010/168**

**Geschäftsprüfungskommission, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Irene Bernhard (GLP) für den Rest der Amtsdauer 2010–2014**

Es wird mit Wirkung ab 4. November gewählt:

Maleica Landolt (GLP)

Mitteilung an den Stadtrat und die Gewählte

**4395. 2013/336**

**Postulat von Martin Bürlimann (SVP) und Dr. Thomas Monn (SVP) vom 25.09.2013: Verzicht auf Aufführungen und Darbietungen auf Friedhöfen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**4396. 2013/344**

**Postulat von Severin Pflüger (FDP) und Roger Tognella (FDP) vom 02.10.2013: Städtische Landreserven im Limmattal, Verwendung für Gewerbe- und Industrienutzungen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roland Scheck (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**4397. 2013/345**

**Postulat der Grüne-Fraktion vom 02.10.2013: Autofreies Wohnen bei der kommunalen Wohnsiedlung Leutschenbachstrasse**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Hungerbühler (CVP) stellt namens der CVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**4398. 2013/346**

**Postulat von Gabriele Kisker (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 02.10.2013:  
Gestaltungsplan Zollstrasse, optimale Nutzung der Versickerungseignung des  
Gestaltungsplangebiets**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrates bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roland Scheck (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Gabriele Kisker (Grüne) vom 23. Oktober 2013 (vergleiche Protokoll-Nr. 4350/2013)

Die Dringlicherklärung wird von 68 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

**4399. 2013/285**

**Weisung vom 21.08.2013:  
Verein Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH Zürich, Auftragsvermittlung «ET-  
CETERA» Zürich, Beiträge 2014**

Antrag des Stadtrats

1. Dem Verein Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH Zürich wird für das Angebot ETCETERA für das Jahr 2014 ein leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 279 300.– (entsprechend dem Index von 99,8 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2010) gewährt.
2. Die Kompetenz zur Festlegung des Beitragssatzes wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

**Sylvie Fee Matter (SP):** *2009 hat der Gemeinderat erstmals einen Beitrag für das Angebot ETCETERA bewilligt und es seither jährlich mit 275 500 Franken unterstützt. Nun geht es darum, die aufgelaufene Teuerung auszugleichen, d. h. den Beitrag für das nächste Jahr um 3800 Franken zu erhöhen. Dafür muss das ETCETERA 19 000 Arbeitsstunden akquirieren. Nächstes Jahr bekommen wir eine Weisung zu allen Arbeitsintegrationsprogrammen der privaten Institute, die am 1. Januar 2015 in Kraft treten soll, daher würde es wenig Sinn machen, für eine einzelne Institution einen Betrag über eine längere Zeit zu sprechen. ETCETERA vermittelt Arbeitseinsätze von Hilfsarbeitern und einfache Dienstleistungen. Hier wird eine Nische besetzt, denn man kann auch Zeitarbeiter für einzelne Stunden anfragen. Die Stadt hat erhebliche Einsparungen durch ETCETERA, denn sie muss weniger Sozialhilfe zahlen und Ergänzungsleistungen ausrichten. Es gibt eine Nachfrage für das Angebot und deshalb keinen Grund, die Teuerung nicht auszugleichen.*

Kommissionsminderheit:

**Hedy Schlatter (SVP):** *Die private Auftragsvermittlungsstelle ETCETERA kümmert sich vorwiegend um Leute, die kaum einen Beruf gelernt haben und häufig leider auch nicht zuverlässig sind. Klienten sind Asylanten, Migrantinnen und Migranten, dauerhaft Erwerbslose und Sozialhilfebezüger. Das Organisationskapital des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks (SAH), einer sozialpolitisch motivierten Organisation, ist hoch genug. Dazu rechnen sich ebensolche Aktiven und ein immenses Eigenkapital.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit:	Sylvie Fee Matter (SP), Referentin; Vizepräsident Hans Urs von Matt (SP), Pascal Lamprecht (SP), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Felix Moser (Grüne), Marcel Savarioud (SP), Christian Traber (CVP) i. V. von Karin Weyermann (CVP)
Minderheit:	Hedy Schlatter (SVP), Referentin; Präsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Sven Oliver Dogwiler (SVP)
Enthaltung:	Martin Bürki (FDP), Ursula Uttinger (FDP)
Abwesend:	Guido Hüni (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 24 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Dem Verein Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH Zürich wird für das Angebot ETCETERA für das Jahr 2014 ein leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 279 300.– (entsprechend dem Index von 99,8 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2010) gewährt.
2. Die Kompetenz zur Festlegung des Beitragssatzes wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 6. November 2013 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 5. Dezember 2013)

#### 4400. 2013/202

##### **Weisung vom 05.06.2013:**

##### **Tiefbauamt, Baulinienrevisionen im Industriequartier, Kreis 5, Anpassung der Baulinien an die Richtplanung und die Parzellierung des öffentlichen Grundes, Festsetzung**

Antrag des Stadtrats

1. Die Baulinien im Industriequartier werden gemäss Vorlage des Stadtrats, Baulinienplan Nr. 2013-16, abgeändert, gelöscht bzw. neu festgesetzt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen am Baulinienplan Nr. 2013-16 in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sie sich als Folge von Rekursen oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im Städtischen Amtsblatt und im Amtsblatt des Kantons Zürich zu veröffentlichen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferentin:

**Simone Brander (SP):** *Von Zeit zu Zeit werden die Baulinien in der Stadt Zürich auf ihre Aktualität und Richtplankonformität überprüft. Dabei werden die Festlegungen, die im kommunalen sowie im regionalen Verkehrsrichtplan eingetragen sind, grundsätzlich mittels Baulinien gesichert. Befindet sich eine Baulinie auf öffentlichem Grund, kommen die Strassenrechtsbestimmungen zum Tragen, welche unerwünschte Auswirkungen auf die verkehrlichen sowie städtebaulichen Anliegen haben können. Um dies zu vermeiden, werden die Baulinien auf den öffentlichen Grund verlegt und soweit als möglich an die heutigen Begebenheiten angepasst. Die zuständige Kommission hat sich diese prä-sentieren lassen und hält die Anpassungen für sinnvoll.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die SK PD/V beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Zustimmung: Marianne Aubert (SP), Referentin; Präsident Mauro Tuena (SVP), Vizepräsident Roger Tognella (FDP), Marc Bourgeois (FDP), Simone Brander (SP), Patrick Hadi Huber (SP) i. V. von Alan David Sangines (SP), Markus Hungerbühler (CVP), Kurt Hüsey (SVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Philipp Käser (GLP) i. V. von Guido Trevisan (GLP), Markus Knauss (Grüne), Matthias Probst (Grüne), Roland Scheck (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PD/V mit 115 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Die Baulinien im Industriequartier werden gemäss Vorlage des Stadtrats, Baulinienplan Nr. 2013-16, abgeändert, gelöscht bzw. neu festgesetzt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen am Baulinienplan Nr. 2013-16 in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sie sich als Folge von Rekursen oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im Städtischen Amtsblatt und im Amtsblatt des Kantons Zürich zu veröffentlichen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 6. November 2013 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 5. Dezember 2013)

#### 4401. 2013/215

**Weisung vom 12.06.2013:**

**Tiefbauamt, Baulinienvorlage Friesenberg, Festsetzung**

Antrag des Stadtrats

1. Die Baulinien entlang dem SZU-Trasse zwischen der Bühlstrasse und der Friesenbergstrasse sowie die Baulinie der Friesenbergstrasse im Bereich der Liegenschaft Nr. 145 werden gemäss Vorlage des Stadtrats, Baulinienplan Nr. 2013-12, abgeändert, gelöscht bzw. neu festgesetzt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen am Baulinienplan Nr. 2013-12 in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sie sich als Folge von Rekursen oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im Städtischen Amtsblatt und im Amtsblatt des Kantons Zürich zu veröffentlichen.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferent:

**Kurt Hüssy (SVP):** *Die Baulinienvorlage Friesenberg ist sehr gut ausgearbeitet. Es werden etliche Baulinienlücken geschlossen und einige neue auf bestehende Hausfassaden gelegt. Im Weiteren gibt es auch Situationen, wo die Verschiebung der Baulinien dem Eigentümer zugutekommt. Die Kommission hat die Weisung einstimmig angenommen.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die SK PD/V beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Zustimmung: Kurt Hüssy (SVP), Referent; Präsident Mauro Tuena (SVP), Vizepräsident Roger Tognella (FDP), Marianne Aubert (SP), Marc Bourgeois (FDP), Simone Brander (SP), Patrick Hadi Huber (SP) i. V. von Alan David Sangines (SP), Markus Hungerbühler (CVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Philipp Käser (GLP) i. V. von Guido Trevisan (GLP), Markus Knauss (Grüne), Matthias Probst (Grüne), Roland Scheck (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PD/V mit 109 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Die Baulinien entlang dem SZU-Trasse zwischen der Bühlstrasse und der Friesenbergstrasse sowie die Baulinie der Friesenbergstrasse im Bereich der Liegenschaft Nr. 145 werden gemäss Vorlage des Stadtrats, Baulinienplan Nr. 2013-12, abgeändert, gelöscht bzw. neu festgesetzt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen am Baulinienplan Nr.2013-12 in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sie sich als Folge von Rekursen oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im Städtischen Amtsblatt und im Amtsblatt des Kantons Zürich zu veröffentlichen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 6. November 2013 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 5. Dezember 2013)

#### **4402. 2012/237**

**Postulat von Roger Tognella (FDP) und Claudia Simon (FDP) vom 06.06.2012: Abbau und kostenneutraler Ersatz der Kunstschleuder «Y» im Hardaupark durch ein geeignetes Objekt aus dem bestehenden Fundus «Kunst am Bau» der Stadt Zürich**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

**Roger Tognella (FDP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2786/2012): *Die «Y»-Schleuder ist nicht mehr das, was sie einmal vorgab zu sein, nämlich ein Spielgerät. Das Objekt war vielfach defekt und die Funktionalität deshalb nicht gegeben. Zudem passierten darauf Unfälle. Auch leuchtete das Kunstwerk nächtelang, durch die LED-Lampen, die im Inneren installiert waren. Die Frage bleibt, ob dies die Intention des Künstlers und des Bestellers war. Die Kunstschleuder erfüllt ihren Zweck überhaupt nicht mehr und ist ein starres Sitzgerät, welches von Kindern nicht mehr benutzt wird.*

*Wir fordern deshalb ein Ersatzobjekt an gegebenem Standort aus dem bestehenden Fundus «Kunst am Bau».*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Ruth Genner:** *Das Hardauquartier hat sich in den letzten Jahren zu einem lebenswerten Stadtteil entwickelt. Die Skulptur im Hardaupark ist die Arbeit eines international renommierten Künstlers und wurde exklusiv für den Park entwickelt. Es gibt kein vergleichbares Werk, die Schleuder stellt einen Prototyp dar und in Sachen Statik und Tragfähigkeit war es ziemlich komplex, das Projekt zu entwickeln. Die Anfangsschwierigkeiten sind nun überwunden und der Künstler ist immer noch zufrieden mit seinem Werk. Nach der Wiederinbetriebnahme im Juni 2012, war die Schaukel in einer Beobachtungsphase und die Nutzung hat sich normalisiert. Wir sollten auf dieses Kunstwerk stolz sein.*

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Martin Mächler (EVP)** *stellt folgenden Textänderungsantrag: Im Hardaupark braucht es keine «Kunst am Bau», sondern Kinder und Familien. Deshalb sollte hier ein Kinderspielgerät aufgestellt werden.*

**Eva-Maria Würth (SP):** *Der Gemeinderat sollte sich für die guten Rahmenbedingungen in Sachen Kunst und Kultur einsetzen und sich nicht inhaltlich in einzelne Kulturprojekte einmischen. Das Kunstwerk «Y» ist von der Bevölkerung sehr gut angenommen worden und ist zu einem identitätsstiftenden Ort geworden. Prototypen können immer Kinderkrankheiten haben, diese sind aber bei der Schleuder behoben worden. Das Kunstwerk funktioniert sowohl von der Wirkung her wie auch von der Funktionalität mit der jetzigen Lösung einwandfrei. Der Austausch eines solchen Objekts ist immer mit erheblichen Kosten verbunden. Das Kunstwerk ist in Kooperation mit vier weiteren Institutionen realisiert worden, bei einem Abbruch würden sich also auch rechtliche Fragen stellen.*

**Ruth Anhorn (SVP):** *Die Schaukel wurde im August 2011 aufgestellt und war schon nach zwei Tagen defekt. Bis zu seiner Stilllegung von acht Monaten war das Objekt nicht mehr in Betrieb. Häufig wurde das Kunstwerk von Jugendlichen beschädigt. Seit Januar dieses Jahres ist die Schaukel angeblich uneingeschränkt in Betrieb, jedoch sieht man Massnahmen zur Fixierung des Sitzes vor. Das Kunstobjekt hat ohne Finanzierung durch Dritte bereits 320 000 Franken gekostet und die Kosten der Instandsetzung seit Inbetriebnahme sind in unbekannter Höhe. Wir sind sowohl gegen die Schleuder «Y» wie auch gegen ein Ersatzobjekt.*

**Bernhard Piller (Grüne):** *Es geht nicht nur um den Nutzen als Spielobjekt, sondern auch um die migrationspolitische Aussage, die damit transportiert werden soll. Wir gratulieren der Stadt zu dem Mut, ein solch komplexes Projekt anzugehen und es nicht aufzugeben, wenn sich Probleme damit stellen.*

**Philipp Käser (GLP):** *Es ist eine nachvollziehbare Reaktion auf die ärgerliche Inbetriebnahme, das Objekt abzubauen. Doch mittlerweile funktioniert die Schaukel und ein Rückbau würde nur neue Kosten verursachen. Auch sollte man bedenken, dass die Funktionalität eines neuen Objekts vielleicht auch lange Zeit in Anspruch nehmen würde.*

**Markus Hungerbühler (CVP):** Die CVP unterstützt das Postulat. Wenn man sieht, wie oft das Gerät in der Vergangenheit nicht funktioniert hat, kann man dies nicht pauschalisierend schönreden. Zwar stellen wir infrage, ob der Ersatz wirklich kostenneutral wäre, ein anderes Objekt darf aber auch etwas kosten, falls es den nötigen Nutzen bringt.

**Kyriakos Papageorgiou (SP):** Der Abbau des bisherigen und Aufbau eines neuen Objekts ist sicherlich nicht kostenneutral. Der Künstler ist Kosovare und die Kunst kommt grösstenteils der migrantischen Wohnbevölkerung zugute, die dort im Quartier lebt. Scheinbar ist dieser Hintergrund auch ausschlaggebend für die Motion aus dem rechtsbürgerlichen Lager.

**Dr. Urs Egger (FDP):** Unsere Argumente sind ganz anders gewichtet. Alles andere ist eine Unterstellung.

**Roger Tognella (FDP)** ist mit der Textänderung einverstanden: Im Hinblick darauf, dass das Kunstwerk wieder defekt geht und es dann gegen ein solches Spielobjekt ausgetauscht werden kann, nehmen wir die Änderung an.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Kunstschleuder «Y» im Hardaupark abgebaut und kostenneutral gegen ein geeignetes kindertaugliches Spielobjekt ~~Objekt~~ aus dem bestehenden Fundus «Kunst am Bau» der Stadt Zürich ersetzt werden kann.

Das geänderte Postulat wird mit 51 gegen 66 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

#### 4403. 2012/246

##### **Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 13.06.2012: Ausbau der Nordumfahrung, Realisierung von flankierenden Massnahmen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

**Simone Brander (SP)** begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 2813/2012): Die Nordumfahrung wird von vier Spuren durchgängig auf sechs ausgebaut. Dies hat eine erhebliche Kapazitätserweiterung zur Folge und wenn keine flankierenden Massnahmen ergriffen werden, bedeutet dies sehr viel mehr Autoverkehr innerhalb der Stadt. Der Stadtrat legte daraufhin bei der Plangenehmigung Einsprache ein, verbindliche flankierende Massnahmen lehnte das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) aber ab. Begründet wurde dies damit, dass die geforderten Massnahmen kantonale und kommunale Strassen betreffen würden und die entsprechenden Instanzen selber gefordert seien, diese umzusetzen. Deshalb muss die Stadt jetzt handeln und die Planung an die Hand nehmen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Ruth Genner:** Wir können nicht in zwei Jahren bereits eine Vorlage ausgearbeitet haben, teilen aber das Anliegen nach Vorkehrungen, die über die flankierenden Massnahmen hinausgehen. Die Detailgestaltung wird in ein Betriebs- und Gestaltungs-

*konzept eingefügt und dort genauer definiert. Dieses umfasst die ganze Auslegung für das künftige Tram Affoltern, die geplanten Massnahmen zur Nordumfahrung und die behindertengerechte Umgestaltung der Knoten. Die Anliegen der Motion werden in den geplanten und bestehenden Projekten angegangen. Eine Motion würde der fachlichen Auslegeordnung und den geplanten Arbeiten vorgreifen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Mauro Tuena (SVP):** *Die SVP lehnt die Vorlage als Motion und Postulat ab. Die Situation am Rosengarten wird mit flankierenden Massnahmen in keinster Weise beruhigt, sondern nur verschärft. Wenn man dort den Verkehr abriegelt, produziert das einen Rückstau. Eine realistische Beruhigung kann nur mit einer Unter- oder einer Umfahrung erreicht werden.*

**Roger Tognella (FDP):** *Die Motion kommt zu früh und es braucht sie auch nicht als Motion. Ein Postulat gleichen Inhalts reicht aus. Die flankierenden Massnahmen zur Nordumfahrung sind wichtig und betreffen nicht nur partielle Orte, sondern immer eine Gesamtsituation. Die Stadt macht aber die Terminplanung nicht und muss sich danach richten.*

**Markus Knauss (Grüne):** *Bei der Westumfahrung konnten wir feststellen, dass mit flankierenden Massnahmen durchaus positive Resultate erzielt werden können. Wir wollen nicht, dass ein Postulat in der Schublade verschwindet. Der Stadtrat soll periodisch gemahnt werden, wieder etwas zu machen. Damit wissen wir, ob die Umsetzung in die richtige Richtung läuft oder es noch andere Bedürfnisse gibt.*

**Dr. Martin Mächler (EVP):** *Das Anliegen ist unterstützenswert und eine Motion immer noch besser, als gar nichts zu unternehmen.*

**Gian von Planta (GLP):** *Die Nordumfahrung ist ein Riesenprojekt. Der Autoverkehr wird dadurch massiv zunehmen und wenn wir nicht sicher sein können, dass wir dagegen etwas unternommen haben, wird die Stadt die Konsequenzen tragen müssen. Wir haben jetzt Zeit, die Projekte konkret aufzugleisen und die Kontrolle zu behalten.*

**Mario Mariani (CVP):** *Wir sind für die Umwandlung in ein Postulat. Der Stadtrat wird die Kommission auch ohne Motion informieren, das Parlament miteinbeziehen und die flankierenden Massnahmen umsetzen.*

**Marc Bourgeois (FDP):** *Wir können eine Motion einreichen und alle zwei Jahre wieder verlängern, das ist aber nicht unbedingt Sinn und Zweck einer Motion. Wenn wir eine periodische Berichterstattung haben wollen, können wir uns als Mitglieder der Verkehrskommission über den aktuellen Stand informieren.*

**Simone Brander (SP)** *ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Hier geht es um die negativen Auswirkungen des Autoverkehrs in Zürich. Es ist deshalb angebracht, zusätzlichen Autoverkehr, der durch den Ausbau der Nordumfahrung entsteht, auf dem städtischen Gebiet zu verhindern.*

**Mauro Tuena (SVP):** *Man kann sich jetzt nicht darüber beschweren, dass sich der Verkehr in Zürich staut, wenn man eine Umfahrung um Zürich herum abgelehnt hat.*

**Markus Knauss (Grüne):** *Wenn die Nordumfahrung laut Marc Bourgeois (FDP) die Stadt massiv entlasten wird, braucht es folglich gar keinen Rosengartentunnel mehr.*

**Marc Bourgeois (FDP):** *Die Idee der Grossprojekte ist nicht, eine Verkehrslawine zu schaffen, sondern, dass der Verkehr, der nicht in die Stadt muss, diese auch nicht belastet.*

Die Motion wird mit 72 gegen 46 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**4404. 2012/292**

**Motion von Marianne Dubs Früh (SP) und Michel Urben (SP) vom 11.07.2012:  
Erstellung einer durchgehenden Busspur in beiden Fahrrichtungen auf der  
Wehntalerstrasse ab Haltestelle Neu Affoltern bis zur Endstation Holzerhurd**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenezunehmen.

**Marianne Dubs Früh (SP)** *begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 2931/2012): Die Quartierbewohner von Affoltern wünschen sich eine direkte Linie ins Stadtzentrum. Dafür eignet sich die Wehntalerstrasse bestens. Die Buslinie 32 steht heute meistens im Stau. Deshalb schlagen wir eine Busspur vor, so dass der Bus fahrplanmässig vorwärts kommt und Beruhigung ins Quartier bringt. Die Autos sollen auf ihre ursprüngliche Route auf den Nordring geführt werden. Dazu braucht es flankierende Massnahmen. Wir verlangen keine durchgehende Busspur vom Bucheggplatz bis Holzerhurd, sondern nur ab Beginn der vierspurigen Strasse. Damit fahren die Autos auch noch zweispurig und die jetzigen Haltestellen bleiben bestehen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Ruth Genner:** *Die gewünschte zweispurige Busspur kann man nicht einfach auf die Strasse malen. Dazu wird eine umfassende Planung benötigt, damit die Spur-reduktion nicht für den Autoverkehr zu grösseren Auswirkungen führt. Diese Planung läuft bereits. In diesem Kontext arbeitet das Tiefbauamt zusammen mit der Dienst-abteilung Verkehr und den VBZ an möglichen Verkehrsvarianten für die Wehntaler-strasse. Diese Studie dient als Grundlage für das abschliessende Gesamtverkehrs-konzept in Affoltern. 2017 planen wir zudem, die Wehntalerstrasse zu sanieren, darin wird auch die künftige Tramführung berücksichtigt.*

Weitere Wortmeldungen:

**Kurt Hüssy (SVP):** *Jetzt sollen noch zusätzliche Busspuren auf der Verkehrsachse Stau- und Umweltbelastungen erzeugen. Fliessender Verkehr produziert am wenigsten Lärm und Abgase, dann kommt auch die reguläre Buslinie besser vorwärts.*

**Marc Bourgeois (FDP):** *Die Motionärin hat selbst festgestellt, dass sich der Verkehr auf der Wehntalerstrasse staut. Als Antwort darauf empfiehlt sie einen Spurabbau. Der Verkehr löst sich nicht auf wundersame Art und Weise in Luft auf, sondern taucht dann in Quartierstrassen wieder auf. In Affoltern wird es eine Tramlinie geben, deshalb sollte man dort jetzt nicht einen neuen Bus einsetzen im Wissen, dass nachher sowieso eine andere Lösung zum Tragen kommt.*

**Michel Urben (SP):** Die ÖV-benutzende Bevölkerung zwingt sich tagtäglich wie Ölsardinen in die Busse und diese stehen dann noch im Stau. Besonders in der Abendspitze verkehren die Busse, je nach Verkehrssituationen, sehr unregelmässig. Die Einrichtung von Busspuren wäre die optimale Lösung, um den ÖV zu stabilisieren.

**Dr. Martin Mächler (EVP):** Die EVP stimmt dem Vorstoss nur als Postulat zu. Die Argumentation, warum man jetzt in Affoltern keinen Bus bringen kann, weil es nachher dort eine Tramlinie gibt, kann ich nicht nachvollziehen. Es geht darum, heute eine prekäre Situation aufzulösen. Dies sollte aber sorgfältig geplant und nicht in kürzester Frist umgesetzt werden.

**Jean-Claude Virchaux (CVP):** Auf der Wehntalerstrasse herrscht eine schwierige Situation, aber nur mit zwei durchgehenden Busspuren verbessert man die Situation nicht. Wenn Anfangs Wehntalerstrasse der Bus im Stau steht, bringt es nichts, wenn danach zwei Busspuren folgen. Die Möglichkeiten einer Verbesserung in einem Postulat auszuloten, erachten wir als bessere Lösung.

Marianne Dubs Früh (SP) ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 67 gegen 52 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

#### 4405. 2012/319

##### **Postulat der SVP- und FDP-Fraktion vom 29.08.2012: Parkhaus Opéra, Schaffung von 50 zusätzlichen Parkplätzen als Teilkompensation für die in der Innenstadt durch Baustellen gesperrten Parkplätze**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

**Marc Bourgeois (FDP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3027/2012): Nachdem das Parkhaus gebaut worden ist, versuchten die Betriebe, einen Teil der Parkplätze zu vermieten. Offensichtlich zu Preisen, die nicht marktfähig sind. Die Plätze sind trotzdem benutzt worden. Dies bewog den Stadtrat zur Überlegung, 50 städtische Parkplätze abzusperren, um den historischen Parkplatzkompromiss einzuhalten. Gerade innerhalb der Stadt ist dieses Vorhaben, nur um Zahlen einzuhalten, nicht förderlich. Eine GPK-Empfehlung von 2011 erklärt, dass permanent belegte Parkplätze nicht zum historischen Parkplatzkompromiss zählen und man einen Ausgleich schafft. Diesen Ausgleich sehen wir durch die Parkmöglichkeiten an der Talstrasse. Baut man diese Plätze ab, geht ein enormer Umsatz verloren. Nicht nur durch die wegfallenden Parkplatzeinnahmen, sondern auch durch das abwandernde Gewerbe.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Ruth Genner:** Das Postulat zur Schaffung von 50 zusätzlichen Parkplätzen im Parkhaus Opéra wurde im August letzten Jahres eingereicht und der Stadtrat erklärte sich bereit, dieses zu prüfen. Die 50 zusätzlichen Parkplätze im Parkhaus wurden als öffentlich zugänglich deklariert und in die Umsetzung des historischen Parkplatzkompromisses aufgenommen. Dies bedeutet, dass man die gleiche Anzahl Plätze oberirdisch aufhebt. Die Talstrasse tangiert die geplante Veloroute des Masterplan Velo,

weshalb wir dort 34 Plätze abbauen. Die restlichen 14 Parkplätze wollen wir ebenfalls sinnvoll abbauen und unter anderem für Gewerbeparkplätze umfunktionieren. Die 50 Parkplätze sind derzeit noch frei, bis die Verfügung rechtskräftig ist.

**Markus Knauss (Grüne)** begründet den namens der Grüne-Fraktion am 19. September 2012 gestellten Ablehnungsantrag: Die Spielregeln beim Parkhaus Opéra waren, dass man 249 öffentliche Parkplätze realisiert und die restlichen 50 nicht für die Öffentlichkeit zugänglich sind. Die Stadt hat dabei nie gesagt, sie wolle sich nicht an den historischen Kompromiss halten. Die Bauherrschaft hat das Risiko auf sich genommen, am Schluss die 50 Parkplätze nicht nutzen zu können. Die Parkplätze an der Talstrasse sind heute immer noch vorhanden und können genutzt werden. Der öffentliche Verkehr bringt jeden Tag unglaublich viele Leute in die Stadt, wovon das Gewerbe letztendlich profitiert.

**Mauro Tuena (SVP):** Die städtischen Parkhäuser sind jeweils am Wochenende ständig überfüllt. Freie Parkplätze, wie sie offensichtlich noch im historischen Parkplatzkompromiss von 1991 aufgeführt werden, gibt es schon lange nicht mehr. Geht es um die Aufstockung von Veloplätzen, wird immer das Bevölkerungswachstum als Argument vorgebracht. Soll dieses für Autoparkplätze nicht gelten? Offenbar gelten nur hier noch die Einwohnerzahlen aus den neunziger Jahren.

**Renate Fischer (SP):** Das Postulat hat vielleicht im August 2012 noch Sinn gemacht, heute nicht mehr. Es fordert lediglich die Zugänglichkeit zu den 50 Parkplätzen im Opéra, die schon zugänglich sind. Der Talacker wird im Postulat nicht thematisiert.

**Gian von Planta (GLP):** Das Postulat ist abzulehnen. Als man den historischen Parkplatzkompromiss ausgearbeitet hat, gab es auch schon Baustellen in Zürich. Es wäre nicht vertretbar, diese besetzten Parkplätze auf Zahlen genau auszugleichen. Zudem sollten Fussgänger sowie Velofahrer mehr Platz erhalten.

**Christian Traber (CVP):** Seine Berechtigung hat das Postulat nach wie vor. Die Begründung des Stadtrats zu den baustellenbedingt aufgehobenen Parkplätzen ist dürftig. Natürlich kann nicht immer jeder Parkplatz eins zu eins ersetzt werden, doch in diesem speziellen Fall könnte relativ einfach eine Lösung gefunden werden.

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Das Parkhaus Opéra wird schlecht genutzt, weil die Tarife immens hoch sind. Alle blauen Zonen, die in den Quartieren durch Baustellen belegt sind, werden nicht kompensiert. Das Postulat ist bescheiden und müsste von allen akzeptiert werden.

**Roger Liebi (SVP):** An der Talstrasse gibt es nicht nur Büros, die keine Parkplätze benötigen. Die Stadt ist seit 1991 gewachsen und wird dies auch noch weiter tun. Diese Menschen werden nicht alle mit dem Velo und dem ÖV in die Stadt kommen, weshalb mehr Parkplätze erforderlich sind.

**Urs Fehr (SVP):** Die Parkplätze sind wichtig für das örtliche Gewerbe. Scheinbar ist dieses aber den Grünliberalen völlig egal.

**Dr. Martin Mächler (EVP):** Wir haben uns für Stimmfreigabe entschieden, weil wir das Thema nicht mehr in dem Ausmass und in dem Ton diskutieren wollen. Der historische Kompromiss gilt für das Zentrum und anliegende Gebiete, dort nimmt die Bevölkerung nicht zu.

**Marc Bourgeois (FDP):** *Der Abbau an der Talstrasse ist selbst für Velofahrer nicht sinnvoll, eine Route im Talacker wäre hier sinnvoller. Fakt ist, dass die obere Bahnhofstrasse zum See keine Parkplätze mehr hat, weshalb das Gewerbe an der Bahnhofstrasse Preise anschlägt, die nicht mehr zahlbar sind. Aus diesem Grund wandern die Konsumenten ab in die umliegenden Gemeinden, wo sie dieselben Güter billiger einkaufen können.*

**Mauro Tuena (SVP):** *Die GPK-Empfehlung beinhaltete damals auch die Stimmen der SP. Das Postulat verlangt nicht mehr und nicht weniger, als die ständig belegten Parkplätze zu kompensieren.*

Das Postulat wird mit 44 gegen 68 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

**4406. 2012/461**

**Postulat von Marc Bourgeois (FDP) und Michael Baumer (FDP) vom 05.12.2012: Masterplan Velo, Verzicht auf die Ausgaben für die «übrigen Handlungsfelder»**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2012/461 und 2012/464.

**Marc Bourgeois (FDP)** *begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3389/2012): Für den Masterplan Velo werden 12 Millionen Franken in Prävention investiert, also Schulungen, Kommunikation und Grossanlässe. Wir haben dieses Geld jedoch nicht und finden es auch falsch eingesetzt. Es ist indoktrinierend, wenn man den Velofahrern vorschreiben will, wie sie sich zu bewegen haben. Aufgrund dieser Massnahmen werden auch keine Umsteigeeffekte erzielt. Die Stadtbevölkerung ist sehr wohl in der Lage, aufgrund von Fakten und der zur Verfügung gestellten Infrastruktur, selbständig das geeignetste Verkehrsmittel für den jeweiligen Weg zu nehmen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Ruth Genner:** *Das Postulat verlangt, alles was nicht zum Ausbau der Infrastruktur gehört, aus dem Masterplan Velo entfernen. Der Masterplan hat sich zum Ziel gesetzt, die Anzahl der Velofahrerinnen und Velofahrer in der Stadt massiv zu erhöhen, das Velofahren sicherer zu machen und allen Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht oder Herkunft, zu ermöglichen. Es geht uns bei den zusätzlichen Ausgaben um die vermehrte Kontrolle und Ahndungen von Verkehrsübertretungen, sowohl bei Auto- wie auch bei Velofahrerinnen. Zudem sollen die kleinsten Verkehrsteilnehmenden geschult werden, damit sie im Verkehr bestehen können und eine Evaluation sowie Wirkungskontrolle ist ebenfalls von Nöten.*

**Marc Bourgeois (FDP)** *nimmt Stellung zur Interpellation: Die Stadt weist darauf hin, dass ein Grossteil der Kosten für den Masterplan vom Kanton getragen werden. Uns fehlt aber die genaue Kostentransparenz. Wir wollen wissen, was dem Masterplan Velo belastet wird und was nicht. Dies müsste pro Verkehrsprojekt ausgewiesen werden.*

Weitere Wortmeldungen:

**Matthias Probst (Grüne):** Die Veloförderung in der Stadt betreibt man nicht erfolgreich, wenn man fünf von sechs Handlungsfeldern aus dem Masterplan Velo abschafft.

**Roland Scheck (SVP):** Der Ziel-Quellverkehr lässt sich niemals aufs Velo umlagern, höchstens auf die S-Bahn. Wenn der Stadtrat die Zahl der Velofahrer verdoppeln will, wird damit der städtische ÖV konkurrenziert. Das Postulat heisst den Raubbau am Verkehrssystem gut und will nur bei der Öffentlichkeitsarbeit einsparen. Wenigstens können die Stadtzürcher mittels dieser Öffentlichkeitsarbeit erfahren, was mit ihren Steuergeldern passiert.

**Hans Jörg Käppeli (SP):** Neben der Infrastruktur braucht es auch eine Verhaltensänderung im Strassenverkehr. Die zusätzlichen Handlungsfelder sind sinnvoll, weil damit der Fairnessgedanke aller Verkehrsteilnehmer gefördert wird.

**Gian von Planta (GLP)** stellt folgenden Textänderungsantrag: Die 12 Millionen Franken für weitere Handlungsfelder erachten wir als zu hoch. Hier könnte man mit einem deutlich niedriger angesetzten Betrag auskommen.

**Dr. Marcel Schönbächler (CVP):** Die übrigen Handlungsfelder sollten nicht ausser Acht gelassen werden. Das Geld ist gut investiert. Das Verkehrsklima ist das A und O, ist dieses nicht vorhanden, nützen auch die besten Infrastrukturen nicht viel. Wir schliessen uns aber der GLP an und fordern ebenfalls eine Verringerung der 12 Millionen Franken.

**Michael Baumer (FDP):** Einerseits sagt man immer, dass die Bevölkerung die Verkehrspolitik stütze, trotzdem will man sie aber umerziehen. Velofahren ist nicht obligatorisch, diese Entscheidung sollte man den eigenverantwortlichen Bürgern überlassen.

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Der Masterplan Velo ist nichts anderes als eine Zwangserziehung zum Velofahren.

**Dr. Martin Mächler (EVP):** Mit einer der zwei vorgeschlagenen Textänderungen würden wir das Postulat unterstützen.

**Marc Bourgeois (FDP)** ist mit der Textänderung einverstanden: Wenn es der SVP wirklich darum gehen würde, das Stadtbudget zu entlasten, würde sie einer Verringerung der Kosten zustimmen.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob auf die Hälfte der Ausgaben von 12 Mio. für die „übrigen Handlungsfelder“ im Rahmen des Masterplan Velo verzichtet werden kann.

Das geänderte Postulat wird mit 35 gegen 79 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

**4407. 2012/464**

**Interpellation von Marc Bourgeois (FDP) und Roger Tognella (FDP) vom 05.12.2012:**

**Masterplan Velo, Finanzierung der Umsetzung sowie Bestimmung der Vergleichsgrössen zur Messung der Zielerreichung**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 444 vom 22. Mai 2013).

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2012/461, Beschluss-Nr. 4406/2013

Marc Bourgeois (FDP) nimmt Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

## **E i n g ä n g e**

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

**4408. 2013/368**

**Beschlussantrag der SP- und Grüne-Fraktion vom 30.10.2013:**

**Misstände in der Führung des ewz im Zusammenhang mit den sexuellen Belästigungen, Untersuchung und Bericht durch die Geschäftsprüfungskommission (GPK)**

Von der SP- und Grüne-Fraktion ist am 30. Oktober 2013 folgender Beschlussantrag eingereicht worden:

Die Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderats (GPK) wird beauftragt, die Misstände in der Führung des EWZ im Zusammenhang mit den sexuellen Belästigungen an verschiedenen Mitarbeiterinnen zu untersuchen und dem Parlament darüber Bericht zu erstatten.

Im Speziellen sollen dabei die Rollen der involvierten Stadträte, der ewz-Führung, der Ombudsfrau und der Fachstelle für Gleichstellung untersucht werden. Der Bericht soll klären, in welchem Ausmass das Betriebsklima im ewz durch sexuelle Belästigungen beeinträchtigt wird und welche Massnahmen getroffen wurden.

Begründung:

Die NZZ am Sonntag vom 27. Oktober 2013 hat unter dem Titel „Sexismus-Vorwürfe beim Zürcher Elektrizitätswerk“ den Fall publik gemacht, dass drei ehemalige Mitarbeiterinnen des EWZ dem Vizedirektor und weiteren Kadermitarbeitern sexuelle Belästigung vorwerfen. Der Vizedirektor hat nun gekündigt, die drei Mitarbeiterinnen haben bereits vor längerer Zeit das Unternehmen verlassen.

Mitteilung an den Stadtrat

**4409. 2013/369**

**Motion von Dr. Marcel Schönbächler (CVP) und Peter Küng (SP) vom 30.10.2013:**

**Areal an der Ecke Baumgartner-, Zweier- und Freyastrasse, Vorlage für eine kommunale Wohnüberbauung oder eine Überbauung durch eine gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft**

Von Dr. Marcel Schönbächler (CVP) und Peter Küng (SP) ist am 30. Oktober 2013 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, um auf dem Areal an der Ecke Baumgartner-, Zweier- und Freystrasse unter Einbezug der Liegenschaften Freystrasse 19 und 21 der PWG-Stiftung und des jetzigen Jugendfoyers OJA Kreis 3&4 eine kommunale Wohnüberbauung zu erstellen oder eine Überbauung durch eine gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft zu ermöglichen.

Begründung:

Das Areal an der Ecke Baumgartner-, Zweier- und Freystrasse hat Überbauungspotential und präsentiert sich mitten im Kreis 4 zurzeit als wenig einladend. Auf dem Gelände stehen die Liegenschaften Freystrasse 19 und 21 der PWG-Stiftung sowie das Jugendfoyer der OJA Kreis 3&4 (Zweierstrasse 61, 8004 Zürich). Zudem dient der grösste Teil des Areals als fremdvermieteter Autoparkplatz.

Auf diesem Areal soll eine kommunale Wohnüberbauung oder eine Überbauung durch eine gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft erstellt werden. In der Stadt Zürich ist zurzeit Wohnraum, aber auch Raum für das Kleingewerbe, eher Mangelware. Durch eine solche Überbauung liesse sich das auch heute noch stark belastete Wohnumfeld der gesamten umliegenden Gegend wesentlich aufwerten und der genannte Perimeter besser und sinnvoller ausnutzen.

Ein wichtiges Anliegen dabei ist, dass insbesondere das Jugendfoyer OJA in die neue Überbauung miteinbezogen und integriert wird, damit ihr Standort weiterhin dort verbleiben kann.

Mitteilung an den Stadtrat

#### **4410. 2013/370**

**Interpellation von Michael Schmid (FDP) und Tamara Lauber (FDP) vom 30.10.2013:**

**Stadtspitäler Zürich, mögliche Auswirkungen anderer Organisationsformen und Kooperationen**

Von Michael Schmid (FDP) und Tamara Lauber (FDP) ist am 30. Oktober 2013 folgende Interpellation eingereicht worden:

In den vergangenen Jahren haben sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundes- und kantonaler Ebene (namentlich KVG des Bundes, Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetz des Kantons Zürich und Zürcher Spitalplanung 2012) im Spitalwesen grundlegend verändert. Ebenso führen die medizinische und strukturelle Entwicklung sowie Controlling- und Rechnungslegungsanforderungen dazu, dass die Führung von Spitälern als städtische Dienstabteilungen aus Sicht der Interpellanten nicht mehr die geeignete Organisationsform darstellt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welcher administrative Aufwand würde entbehrlich, wenn die Stadtspitäler nicht mehr als städtische Dienstabteilung, sondern in einem selbstständigen Rechtsträger geführt würden?
2. Teilt der Stadtrat die Auffassung, dass vertiefte Kooperationen mit anderen Spitälern in Zukunft zum Wohle der Patienten zunehmende Bedeutung erlangen werden und durch eine Verselbständigung der Stadtspitäler vereinfacht werden könnten?
3. Teilt der Stadtrat die Auffassung, dass die Überführung der Stadtspitäler in eine Aktiengesellschaft die besten Entwicklungschancen für die Zukunft eröffnen könnte, vor allem aus medizinischen und ökonomischen Überlegungen heraus? Was wären die Vor- und Nachteile im Vergleich zu anderen in Frage kommenden Rechtsträger (namentlich öffentlich-rechtliche Anstalt und Stiftung)?
4. Trifft es zu, dass eine Verselbständigung in Form einer Aktiengesellschaft keine Präjudizierung in Bezug auf die Eigentumsverhältnisse oder die Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse beinhaltet, sondern dass diese im Rahmen des Ausgliederungsprozesses politisch ausgehandelt werden könnten und müssten?
5. Sollte die Stadt Zürich aus Sicht des Stadtrats zu 100% Eigentümerin sein oder wäre eine Beteiligung Dritter anzustreben?
6. Sollten die Arbeitsverhältnisse aus Sicht des Stadtrats im Rahmen eines Gesamtarbeitsvertrags geregelt werden? Hat der Stadtrat bereits Vorstellungen, wie die Arbeitsverhältnisse im Wesentlichen ausgestaltet werden sollten?
7. Welche finanziellen Auswirkungen hätte eine Ausgliederung auf Bilanz und Rechnung der Stadt Zürich?

Mitteilung an den Stadtrat

Der Beschlussantrag, die Motion und die Interpellation werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

**4411. 2013/371**

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Karin Rykart Sutter (Grüne) und 31 Mitunterzeichnenden vom 30.10.2013:  
Sexuelle Belästigungen beim ewz, interne Abläufe und Massnahmen**

Von Karin Rykart Sutter (Grüne) und 31 Mitunterzeichnenden ist am 30. Oktober 2013 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die NZZ am Sonntag vom 27. Oktober 2013 hat unter dem Titel „Sexismus-Vorwürfe beim Zürcher Elektrizitätswerk“ den Fall publik gemacht, dass drei ehemalige Mitarbeiterinnen des EWZ dem Vizedirektor und weiteren Kadermitarbeitern sexuelle Belästigung vorwerfen. Der Vizedirektor hat nun gekündigt, die drei Mitarbeiterinnen haben bereits vor längerer Zeit das Unternehmen verlassen. Wir bitten den Stadtrat im Zusammenhang mit diesen Vorfällen um die Beantwortung folgender Fragen:

- Zu welchem Zeitpunkt wurden der Direktor und der Departementsvorsteher über die Vorfälle informiert? Welche Informationen haben sie zu welchem Zeitpunkt erhalten?
- Was wurde seitens des Direktors und des Departementsvorstehers unternommen? Wann wurden welche Gespräche mit welchen Personen geführt?
- Auf welchem Zeitpunkt haben die drei ehemaligen Mitarbeiterinnen gekündigt? Bis zu welchem Zeitpunkt haben die drei ehemaligen Mitarbeiterinnen gearbeitet? Ab wann wurden sie krankgeschrieben? Kam das städtische Case Management zum Einsatz?
- Was war die Reaktion seitens des ewz auf die Kündigungen? Wurden Vereinbarungen unterzeichnet? Wurden Entschädigungen gezahlt? Wenn ja, wie viel?
- Wann wurde die Fachstelle für Gleichstellung informiert? Wurde auch die Stadtpräsidentin informiert? Wenn ja, wann?
- Welche Informationen hat die Fachstelle für Gleichstellung und die Stadtpräsidentin zu welchem Zeitpunkt erhalten?
- Was wurde seitens der Fachstelle für Gleichstellung unternommen? Wurden Gespräche mit den involvierten Personen geführt? Wenn ja, wann?
- Wurde der Einbezug der Ombudsfrau geprüft? Wenn nein, weshalb nicht?
- Wurden weitere Stellen wie z.B. die Schlichtungsbehörde nach Gleichstellungsgesetz einbezogen? Wenn ja, welche? Wenn nein, weshalb nicht?
- Wann wurde beschlossen, ein externes Gutachten einzuholen? Wer gab den Auftrag und wer hat entschieden, wer das Gutachten erstellt? Was waren die Kriterien für die Erteilung des Auftrages? Wer hat sie definiert?
- Wann wurden der Direktor des ewz, der Departementsvorsteher und die Fachstelle für Gleichstellung über das Resultat dieses externen Gutachtens informiert?
- Was waren die Reaktionen auf das Gutachten? Wurde das Gutachten von allen Parteien akzeptiert? Wenn nein, was waren die Kritikpunkte am Gutachten? Wenn nein, wurde eine Nachfolgeuntersuchung angeordnet? Wenn nein, weshalb nicht?
- Wurde über das Gutachten Stillschweigen vereinbart? Wenn ja, weshalb?
- Welche Massnahmen wurden danach wann ergriffen? Welche Massnahmen bzw. Sanktionen wurden oder werden gegenüber den weiteren involvierten Kaderleuten, welche ebenfalls die drei ehemaligen Mitarbeiterinnen sexuell belästigt haben, geprüft?
- Wie und wann wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom ewz informiert? Gab es Reaktionen seitens des Personals? Wenn ja, welche?
- Welche Massnahmen werden ergriffen, dass ein solcher Vorfall nicht mehr passiert? Wer überprüft in Zukunft die Einhaltung der Massnahmen? Was wird seitens des ewz unternommen, um den Reputationschaden zu reparieren?
- Welche Massnahmen werden seitens des ewz unternommen, dass auch in Zukunft Frauen beim ewz arbeiten können bzw. wollen?
- Was hat das ganze Verfahren inkl. Erstellen des Berichts, allfälligen Abgangsentschädigungen etc. für die ewz gekostet?

Mitteilung an den Stadtrat

**4412. 2013/372**

**Schriftliche Anfrage von Rebekka Wyler (SP) und Linda Bär (SP) vom 30.10.2013: Fussball-WM 2022 der FIFA in Qatar, Hintergründe zu den Arbeitsbedingungen auf den Baustellen und Imagefolgen für Zürich**

Von Rebekka Wyler (SP) und Linda Bär (SP) ist am 30. Oktober 2013 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In der letzten Zeit häuften sich Medienberichte über die unhaltbaren Zustände auf den Stadion-Baustellen für die Fussball-WM 2022 in Qatar. Gemäss der britischen Zeitung "The Guardian" haben aufgrund mangelnder Sicherheitsvorkehrungen, grosser Hitze und ungenügender Hygiene bereits 44 nepalesische Wanderarbeiter ihr Leben verloren. Wenn die Bedingungen nicht umgehend verbessert werden, werden noch mehr Menschen umkommen.

Doch der internationale Fussballverband FIFA, der die WM ausrichtet, weist jegliche Verantwortung für die skandalösen Vorfälle weit von sich: Man organisiere bloss ein Sportereignis. Auf der FIFA-Homepage kommt Verbandspräsident Joseph Blatter zu Wort, um seiner Freude über ein Zusammentreffen mit dem Emir von Qatar Ausdruck zu geben. Die Arbeitsbedingungen auf den WM-Baustellen waren offensichtlich kein Thema im Gespräch zwischen dem FIFA-Präsidenten und dem Emir. Geschweige denn die Rahmenbedingungen in der absoluten Monarchie, die solche Missstände – darunter auch Zwangsarbeit – überhaupt erst ermöglichen. Offizielle Vertreter/innen der Stadt Zürich betonen immer wieder, welche hohe Bedeutung der FIFA-Sitz für die Stadt habe (vgl. beispielsweise GR Nr. 2006/169). Gleichzeitig tauchen auch im Gemeinderat immer wieder Fragen zum Geschäftsgebaren der FIFA, zur Besteuerung und zur sozialen Verantwortung des Verbandes auf.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie stellt sich der Stadtrat zu den zahlreichen Todes- und Unglücksfällen auf den WM-Baustellen in Qatar?
2. Ist der Stadtrat der Meinung, dass die FIFA und ihre Führung hier eine Mitverantwortung tragen?
3. Wenn ja, gedenkt der Stadtrat, gegenüber der FIFA entsprechend vorstellig zu werden und Massnahmen zugunsten der Arbeiter auf den WM-Baustellen einzufordern?
4. Wenn nein, weshalb nicht?
5. Ist der Stadtrat weiterhin der Meinung, dass der FIFA-Sitz für die Stadt Zürich eine grosse Bedeutung habe?
6. Wenn ja, weshalb?
7. Wie gross schätzt der Stadtrat den Imageschaden für Zürich, wenn die hier beheimatete FIFA mit menschenverachtenden Arbeitsbedingungen in Verbindung gebracht wird?
8. Was wären die Folgen für die Stadt Zürich, wenn die FIFA ihren Sitz in der Stadt aufgeben würde?

Mitteilung an den Stadtrat

## **K e n n t n i s n a h m e n**

**4413. 2010/173**

**SK GUD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Andrea Hochreutener (SP) für den Rest der Amtsdauer 2012–2014**

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 28. Oktober 2013):

Marcel Savarioud (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und den Gewählten

**4414. 2010/175**  
**SK SD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Marcel Savarioud (SP) für den Rest der Amtsdauer 2012–2014**

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 28. Oktober 2013):

Michael Kraft (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und den Gewählten

**4415. 2013/261**  
**Schriftliche Anfrage von Hans Jörg Käppeli (SP) vom 03.07.2013:**  
**Netzentwicklungsstrategie 2030, Grundlagen für den Linienführungsentscheid für das Tram Affoltern**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 968 vom 23. Oktober 2013).

**4416. 2013/262**  
**Schriftliche Anfrage der FDP-Fraktion vom 03.07.2013:**  
**Musikschule Konservatorium Zürich (MKZ), Umsetzungsstand bezüglich der Integration sowie der kostendeckenden Erwachsenentarife**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 941 vom 23. Oktober 2013).

Nächste Sitzung: 6. November 2013, 17 Uhr.